

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 6. September 2004

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 6. September 2004 beschlossen:

Sofortmaßnahmen zur Senkung der Energiekosten um bis zu 7 Milliarden Euro

Die Höhe der Energiepreise ist das derzeit größte Konjunkturrisiko. Deshalb müssen schnell wirkende Maßnahmen ergriffen werden, die den energiepreisgetriebenen Dämpfungseffekten entgegenwirken.

Zur Stärkung des Wettbewerbs, der Transparenz und zur Entlastung der Energieverbraucher sollte der Bundeskanzler einen „Energiegipfel“ mit den Verbraucherverbänden und der Wirtschaft einberufen. Folgende Sofortmaßnahmen sollten dabei im Vordergrund stehen:

Halbierung der nationalen Ölreserve

Eine Halbierung der nationalen Ölreserve würde Erlöse von 3 bis 3,5 Milliarden Euro einbringen, die über eine befristete Senkung der Mineralölsteuer an die Verbraucher weitergegeben werden könnten. Außerdem könnte diese Maßnahme zusätzliche Luft aus der Spekulationsblase an den Ölmärkten nehmen und so zu niedrigeren Preisen führen.

Faire Besteuerung für Gaskunden

Laut Verbraucherschützern nutzen die Gasunternehmen die unterschiedliche Besteuerung von Öl und Gas zu Erhöhung ihrer Gewinnmargen. Nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums werden Gaskunden mit fast 2 Mrd. Euro belastet, weil sie die höhere Heizölsteuer abführen müssen, die Gasversorger jedoch nur die niedrigere Gassteuer an den Staat zahlen. Dies muss zugunsten der Gaskunden geändert werden.

Förderung für Erneuerbare Energien und Kraftwärmekopplungsstrom wettbewerblich organisieren, Subventionen reduzieren

Die FDP hat ein wettbewerbliches Modell zur Förderung Erneuerbarer Energien vorgelegt. Den rot-grünen Irrweg einer Förderung durch die Vorgaben von Technik und Preis lehnt die FDP als ineffizient ab. So ist insbesondere die Dreifachförderung der Kraftwärmekopplung eine staatlich garantierte Maßnahme zur Gewinnsicherung insbesondere für Stadtwerke und die Bedienung rot-grüner Klientelinteressen.

Die Übersubventionierung der Erneuerbaren Energien hat zu volkswirtschaftlichen Fehlsteuerungen in Milliardenhöhe geführt, ohne dass die Versorgungssicherheit erhöht wurde. Die Einführung des von den Liberalen vorgeschlagenen wettbewerblichen Modells würde die deutschen Stromkunden erheblich entlasten.

Ende der roten Kumpelwirtschaft in der Energiewirtschaft

Die FDP kritisiert weiterhin die politische Verflechtung in Teilen der deutschen Energiewirtschaft. Nachdem schon der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Müller zu einem der größten Subventionsempfänger der Energiebranche gewechselt ist, soll jetzt sein Staatssekretär Alfred Tacke folgen. Bundeswirtschaftsminister Müller hatte bei der Ministererlaubnis für die EON-Ruhrgas-Fusion aus Befangenheit die Entscheidung an Tacke delegiert.

Die FDP fordert die Bundesregierung auf, klare und eindeutige Verhaltensregeln zu erlassen, die es Ministern und politischen Beamten untersagen, zu Unternehmen zu wechseln, die unmittelbar von politischen Entscheidungen wie Ministererlaubnissen oder Subventionszahlungen begünstigt wurden.